



Binswanger

Waffenstillstand, jetzt!

Israel hat jedes Recht auf Selbstverteidigung. Aber der Gaza-Krieg ist ausser Kontrolle. Dass die Netanyahu-Regierung der Empörung der Weltöffentlichkeit gegenüber gleichgültig bleibt, schadet dem Staat Israel. Und der jüdischen Diaspora.

Von Daniel Binswanger, 16.03.2024

US-Präsident Joe Biden hat einen Waffenstillstand eingefordert. Vizepräsidentin Kamala Harris hat zu einem «sofortigen Waffenstillstand» aufgerufen. Nun hat Chuck Schumer, demokratischer Mehrheitsführer im Senat und der ranghöchste ins Amt gewählte Politiker jüdischer Herkunft in den USA, die israelische Regierung frontal angegriffen. «Die Netanyahu-Koalition entspricht nicht mehr dem, was Israel nach dem 7. Oktober braucht», sagte Schumer am Donnerstag in einer Rede im US-Senat.

Der Druck wird immer stärker – was unausweichlich und berechtigt ist.

Führende Stimmen des amerikanischen Judentums wie Thomas Friedman haben schon Anfang Dezember dringend zu einem permanenten Waffenstillstand aufgerufen – vor dreieinhalb Monaten, als es noch nicht einmal halb so viele Todesopfer gab. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat Ende Dezember den israelischen Premier zu einem dauerhaften Waffenstillstand aufgefordert. Das Europaparlament hat diesen Donnerstag zum ersten Mal eine Resolution für einen permanenten Waffenstillstand erlassen. Selbst der «Spiegel», ansonsten weitestgehend auf Linie der «deutschen Staatsräson», schrieb am Mittwoch, aus der «legitimen Selbstverteidigung» sei «ein Vernichtungsfeldzug» geworden.

Waffenstillstand, jetzt! Weil mit jedem weiteren Kriegstag zahlreiche weitere Zivilistinnen sterben müssen, herrscht allergrösste Dringlichkeit. «Israel wird radioaktiv», schreibt Friedman diese Woche in der «New York Times». «Die Sicherheit der jüdischen Gemeinschaften in der Diaspora nimmt rund um den Globus ab.»

Israel hat das Recht, sich zu verteidigen, der barbarische Hamas-Überfall vom 7. Oktober verlangte nach einer entschlossenen militärischen Antwort. Und ja, so tragisch und moralisch schwer zu ertragen es ist: Krieg ist immer furchtbar, und Häuserkampf in einem urbanen Umfeld lässt

sich kaum durchführen, ohne dass es zu zivilen Opfern kommt. Der Gazastreifen stellt zudem das vermutlich schlimmste vorstellbare Schlachtfeld dar: ein Gebiet, das nicht nur extrem dicht besiedelt ist, sondern mit dem Hamas-Tunnelsystem auch über ein einzigartiges, stark ausgebautes Verteidigungssystem verfügt.

Im Übrigen ist das asymmetrische Kräfteverhältnis zwischen den beiden Kriegsparteien im Hinblick auf zivile Opfer so ungünstig wie überhaupt nur möglich. Die Hamas ist in keinem Sinn eine Armee, die Israel ernsthaft etwas entgegenzusetzen hätte: keine Panzer, keine Artillerie, keine Luftverteidigung. Zu offenen Feldschlachten kann es gar nicht kommen. Aber die Hamas und der palästinensische Islamische Jihad sind mit ihren ursprünglich wohl über 40'000 Kämpfern auch viel zu gross, um einfach mit ein paar militärischen Kommandoaktionen ausser Gefecht gesetzt zu werden.

Der Krieg in Gaza ist entsetzlich. Man kann es sich mit der Verurteilung der israelischen Kriegsführung aber auch sehr leicht machen.

All dies ändert jedoch nichts daran, welche Realitäten der Krieg geschaffen hat: Die Opferzahlen sind schon lange viel zu horrend, als dass noch die Rede davon sein könnte, dass die Verhältnismässigkeit gewahrt bleibt.

Die humanitäre Katastrophe in Gaza – das weitgehende Zusammenbrechen der medizinischen Versorgung und der Versorgung mit Nahrungsmitteln – kann schon gar nicht militärisch begründet werden und stellt einen ganz offensichtlichen Verstoss gegen das humanitäre Völkerrecht dar, für den Israel die volle Verantwortung trägt. Es wäre gemäss Genfer Konventionen dazu verpflichtet, diese Grundversorgung sicherzustellen. Ganz egal, wo nun genau die mysteriösen Probleme mit Transport und Verteilung der Hilfsgüter liegen.

Zudem werden das extreme Leid der Zivilbevölkerung und die grossflächige Zerstörung der Gebäude und der Infrastruktur in Gaza eine Stabilisierung der Situation und die Aushandlung einer tragfähigen, längerfristigen Lösung immer schwieriger machen, wenn nicht verunmöglichen. Es erscheint bis heute nicht glaubwürdig, dass die israelische Regierung einen praktikablen Plan hat für Gaza nach dem Krieg.

Nur eines hat Netanyahu glasklar gemacht. «Es ist meine Entschlossenheit, die über die Jahre die Gründung eines palästinensischen Staates verhindert hat», schrieb er in einem Post in den sozialen Netzwerken. «Solange ich Premierminister sein werde, wird das so bleiben.»

Der israelische Premierminister positioniert sich heute als Garant der Verhinderung der wieder auf die Agenda kommenden Zweistaatenlösung. Ein Garant der Unlösbarkeit des Konflikts, in dessen Schatten die Siedlerbewegung gedeiht. Ein Garant des unbegrenzten Krieges. Angesichts der Tatsache, dass nur seine Koalition mit den Siedlerparteien Netanyahu den vorläufigen Machterhalt garantiert, bleibt ihm auch gar keine andere Wahl. Der Analyse von Chuck Schumer lässt sich nichts entgegensetzen: Israel braucht Neuwahlen und eine neue Regierung.

Das zeigen im Übrigen auch die israelischen Meinungsumfragen – ein Lichtblick in dieser finsternen Situation. Sie kommen zum Ergebnis, dass sich zwei Drittel der Bürgerinnen Neuwahlen wünschen und dass Netanyahu und die Siedlerbewegung stark an Stimmen eingebüsst haben. Auch die Wählerinnen wollen den grössten sicherheitspolitischen Versager der israelischen Geschichte wohl nicht mehr länger im Cockpit haben.

Zentral ist zudem die Geiselfrage: Rund die Hälfte der Israelis ist der Ansicht, dass die Netanyahu-Regierung ihr Vorgehen ändern und das Ziel der Geiselfreisetzung zur Priorität erheben müsste. Wenn es Netanyahu nicht gelingt, durch eine Ausdehnung des Krieges die Wahlen immer weiter hinauszuschieben, erscheint ein Regierungswechsel alles andere als unwahrscheinlich.

Dass Israel die Hamas nach dem 7. Oktober vollständig vernichten wollte, ist legitim. Die Hamas war immer eine zu allem entschlossene Feindin der Zweistaatenlösung und hat den Oslo-Prozess mit ihren horrenden Terrorattentaten über Jahrzehnte bekämpft. Das barbarische Vorgehen am 7. Oktober hat die Ablehnung des Existenzrechts Israels noch einmal bestätigt. Das bedeutet aber nicht, dass jedes Mittel legitim ist, um vermeintlich auch noch den letzten Hamas-Kämpfer physisch zu liquidieren. Es bedeutet nicht, dass es keine Grenze gibt für das rechtfertigbare Leid, das der Zivilbevölkerung von Gaza auferlegt wird.

Einen militärischen Sieg anzustreben, der jede politische Anschlusslösung verunmöglicht, ist sinnlos. Und vor allem: Die Tatsache, dass die Hamas horrenden Verbrechen begangen hat, bedeutet nicht, dass Israels Antwort sich nicht im Rahmen des Völkerrechts bewegen muss.

Das ist ein entscheidender Punkt. Zur Rechtfertigung der israelischen Bombardements wird immer wieder das Argument ins Feld geführt, es sei nicht die Schuld der Israelis, sondern der Hamas, dass so viele Zivilisten zu Tode kommen. Es sei die Hamas, die sich im dicht besiedelten Gebiet mitten unter den Zivilistinnen verstecke, häufig noch an besonders geschützten Orten wie Spitälern, Kirchen oder Schulen. Es ist ja vollkommen richtig: Die Hamas hat die Bevölkerung von Gaza, deren Wohlergehen oder Überleben ihr offensichtlich gleichgültig ist, in Geiselschaft genommen.

Allerdings entlastet das die gegnerische Kriegspartei nicht von ihrer Verantwortung für zivile Opfer. Das Kriegsrecht ist für alle Parteien bindend, immer. Eine Armee wird nicht zu Kriegsverbrechen berechtigt, weil die andere Seite Kriegsverbrechen begeht.

Die israelische Armee hat die Verpflichtung, so zu handeln, dass die Kollateralschäden – das heisst die Opfer unter unschuldigen Zivilisten – «verhältnismässig» bleiben, das heisst, dass der militärische Nutzen, der aus einem Angriff gezogen wird, in einem akzeptablen Verhältnis steht zum Schaden, der der Zivilbevölkerung zugefügt wird. So will es das humanitäre Völkerrecht. Natürlich ist Verhältnismässigkeit ein dehnbarer Begriff. Aber hier sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache.

Die israelischen Bombardierungen waren dermassen intensiv, die Opferzahlen dermassen hoch, dass es nach Berechnungen von Oxfam im 21. Jahrhundert bisher kaum einen Krieg von vergleichbarer Intensität gegeben hat. Oft wird das Beispiel der Rückeroberung von Mosul herangezogen. Auch diese Schlacht war horrend, forderte aber in neun Monaten «nur» 9000 bis 11'000 Tote unter der Zivilbevölkerung. Die Brutalität des Gaza-Krieges hat eine völlig andere Dimension.

Die internationale Debatte kreist nun hauptsächlich um die Frage, ob der Krieg in Gaza als Genozid bezeichnet werden kann. Es gibt Indizien, auf die die Anklage von Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag sich stützen kann. Der Internationale Gerichtshof ist eine seriöse Institution; dass er «vorläufige Massnahmen» angeordnet hat, mit denen Israel die Einhaltung des Völkerrechts garantieren soll, muss ernst genommen werden. Mindestens die radikalen Mitglieder der aktuellen israeli-

schen Regierung haben es auf eine ethnische Säuberung und eine neuerliche israelische Besiedlung des Gazastreifens angelegt, was sie ja vollkommen offen deklarieren. Dennoch kann in Zweifel gezogen werden, ob die israelische Regierung tatsächlich eine Neubesiedlung des Gazastreifens anstrebt und ob sie der palästinensischen Bevölkerung gegenüber tatsächlich eine «genozidäre Absicht» hegt.

Momentan wird jedenfalls fast ausschliesslich um die Anwendbarkeit oder Nichtanwendbarkeit des Genozidbegriffs gestritten. Es ist dieser Terminus, der bei weitem die höchste politische Sprengkraft hat. Aber es dürfte nicht die dringlichste Debatte sein.

Die näherliegende Frage ist, ob Israel mit seinen flächendeckenden Bombardierungen in Gaza nicht Kriegsverbrechen begeht – ganz einfach, weil sein Vorgehen disproportional oder, wie es Joe Biden gesagt hat, «over the top» ist. Es dürfte sehr viel schwieriger sein, das Land gegen diesen Vorwurf zu verteidigen.

Zum einen ist die Zahl der zivilen Opfer horrend hoch, insbesondere auch der Kinder. Gemäss UNRWA-Direktor Philippe Lazzarini sind inzwischen 12'300 Kinder in Gaza zu Tode gekommen, mehr als in den vier Jahren von 2019 bis 2022 in sämtlichen Kriegen rund um den Globus zusammen. Ihre Tötung dürfte schwerlich in einem «Verhältnis zum erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil» stehen – so wie das nach dem ersten Zusatzprotokoll der Genfer Konventionen gemäss humanitärem Völkerrecht der Fall sein muss.

Zum anderen ist dokumentiert, dass die israelische Armee ihre Target-Listen enorm erweitert hat und nun beispielsweise auch die Privatwohnungen beliebiger Hamas-Kämpfer – nicht nur der hochrangigen Offiziere – als legitime Ziele betrachtet. Diese Einsatzdoktrin bringt zwangsläufig massivste «Kollateralschäden» mit sich: das Auslöschen von ganzen Familien.

Mit solchen Methoden wird eine Saat des Traumas, der Verzweiflung und des Hasses ausgesät, die eine Friedenslösung immer illusorischer werden lässt. Aber – das hat der 7. Oktober noch einmal dramatisch bewiesen – es gibt keine Alternative zu einer politischen Friedenslösung. Es leben zwei Völker in Palästina. Sie müssen gemeinsam einen Weg finden.

Die Hamas muss deshalb aus dem politischen Spiel eliminiert werden – aber dasselbe gilt für Benjamin Netanyahu. Er hat die Hamas, deren Unversöhnlichkeit ihm in die Hände spielte, bekanntlich gezielt gestärkt. Und es ist nicht so, als ob er erst seit gestern ein Feind des Friedens wäre.

Eines der beeindruckendsten und vor prophetischer Schärfe kaum auszuhaltenden Bücher zum Gaza-Krieg heisst: «The End of Israel. Dispatches from a Path to Catastrophe» (Das Ende Israels. Depeschen vom Weg in die Katastrophe). Es stammt aus der Feder des Journalisten Bradley Burston und ist eine Sammlung der Kolumnen, die er über die letzten fast 20-Jahre für die Tageszeitung «Haaretz» geschrieben hat. Mit im Rückblick noch beeindruckenderer Luzidität denunzierte Burston schon seit langen, langen Jahren die destruktive Gewalt der israelischen Militäraktionen gegen Gaza, die Unterminierung der Grundwerte Israels durch die immer rechtsradikaleren Regierungen und die objektiv gegebene politische Partnerschaft zwischen Netanyahu und der Hamas.

Heute kommentiert Burston: «Schon sehr früh – als die Hamas-Führung beobachtete, dass Benjamin Netanyahu die Gewalt und die innere Uneinigkeit zu seinem eigenen politischen Vorteil nutzte und dass er genau-

so leidenschaftlich wie sie selbst daran arbeitete, einen gerechten Frieden zwischen einem palästinensischen und einem israelischen Staat zu verhindern – wusste die Hamas: Er ist unser Mann.»

Wann wird der Waffenstillstand kommen? Es ist zu erwarten, dass Netanyahu sich so wenig wie möglich bewegen wird, dass er sich inszeniert als der virile Leader, der es wagt, vor keinem Druck zurückzuweichen. Nur wenn es ihm gelingt, der israelischen Bevölkerung das Gefühl zu geben, sie stehe ganz allein gegen den Rest der Welt, könnte er vielleicht eine politische Überlebenschance haben. Und natürlich wäre für Netanyahu schlagartig alles anders, wenn es ihm gelänge, bis November durchzuhalten – und Trump ins Amt zurückkehren würde.

Die internationale Gemeinschaft und die jüdischen Gemeinden in der Diaspora dürfen sich von diesen Horrorszenarien jedoch nicht beirren lassen. Es braucht einen sofortigen Waffenstillstand. In Israel, in Gaza und in den besetzten Gebieten muss ein Neuanfang gemacht werden. Es ist eine Chance, die nicht verspielt werden darf.

Illustration: Alex Solman